

# Bürgerdialog Windkraft

## Dossenheim

---



**Datum:** 31.01.2024

**Uhrzeit:** 18.00 – 21.00 Uhr

# Inhalt

---

1	Einleitung und Hintergrund	3
2	Steckbrief zur Veranstaltung	4
3	Ablauf des Bürgerdialogs	6
4	Ergebnisse der Arbeitsgruppen	8
5	Abschlussdiskussion	24
6	Umgang mit Ergebnissen und Ausblick	25

# 1 Einleitung und Hintergrund

---

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für den Erfolg der Energiewende entscheidend. Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien in Deutschland verdoppelt werden - ausgehend vom Jahr 2021. Der Windkraft kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. Durch das „Wind-an-Land-Gesetz“ soll der Ausbau der Windenergie deutlich beschleunigt werden. Die Bundesländer müssen bis Ende des Jahres 2032 zwei Prozent der Bundesfläche für Windenergie ausweisen. Baden-Württemberg strebt an, bis 2032 1,8 Prozent seiner Landesfläche für die Windenergie zu erschließen. Die Städte und Kommunen sind damit aufgefordert am Ausbau der Windenergie mitzuwirken.

Die Gemeinde Dossenheim und die Stadt Schriesheim wollen sich vor diesem Hintergrund den Herausforderungen der Energiewende stellen. In einem Gemeinderatsbeschluss vom 26. Juli 2023 heißt es dazu:

- *Der Gemeinderat beschließt, den im Februar 2022 gefassten Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer PV-Freiflächenanlage auf der Teilfläche des Flst. 8372 im 200 m Randstreifen der BAB 5 dahingehend anzupassen, dass die Gemeinde Dossenheim eine unterstützende Rolle einnimmt.*
- *Der Gemeinderat beschließt im selben Zuge die Windenergiepotentiale und deren Umsetzbarkeit auf Dossenheimer Gemarkung zu prüfen, unter Berücksichtigung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben und auf interkommunaler Ebene abgestimmt.*
- *Die Gemeindeverwaltung wird damit beauftragt, potenzielle Anbieter zu ermitteln und diese anhand vordefinierter Kriterien zu bewerten. Diese Kriterien sind im Gremium abzustimmen und sollen als Vergabegrundlage dienen.*

Politik und Verwaltung erachten es als wichtig, bereits frühzeitig die Bevölkerung zu informieren und somit einen transparenten Prozess zu ermöglichen. Als Start für diesen Beteiligungsprozess wurden von Schriesheim und Dossenheim, in enger Zusammenarbeit, zwei Bürgerdialoge organisiert und durchgeführt:

- 30. Januar 2024 in Schriesheim (Mehrzweckhalle Schriesheim)
- 31. Januar 2024 in Dossenheim (Martin-Luther-Haus)

Die vorliegende Dokumentation gibt einen Überblick über Struktur und Ablauf des Bürgerdialogs Dossenheim und fasst die Ergebnisse zusammen.

Die Ergebnisse des Bürgerdialogs Schriesheim sind in einem gesonderten Dokument zusammengefasst.

## 2 Steckbrief zur Veranstaltung

---

### Ort

Martin-Luther-Haus Dossenheim, Am Kronenburger Hof 6A, 69221 Dossenheim

### Datum und Uhrzeit

31.01.2024, 18.00 – 21.00 Uhr

### Ziele

Folgende Ziele verfolgte der Bürgerdialog:

- Frühzeitige Einbindung der Bevölkerung - bevor konkrete Entscheidungen getroffen werden
- Bereitstellung von umfassenden Informationen rund um das Thema Windkraft und die fachliche Qualifizierung der Teilnehmenden
- Eröffnung eines offenen und sachlichen Dialogs, um gemeinsamen mit der Bevölkerung, Initiativen, Verbänden und anderen lokalen Akteuren trotz kontroverser Themen konstruktive und lösungsorientierte Diskussionen führen zu können

### Inhalte

Die Teilnehmenden konnten sich in kurzen Impulsvorträgen zu den verschiedenen Aspekten rund um Windkraft ein Bild machen und anschließend in vertiefenden Arbeitsgruppen zu diesen Themen diskutieren:

- Notwendigkeit Erneuerbarer Energien
- Planungsrechtliche Standortsteuerung (Bauleitplanung)
- Technische Ausführung
- Finanzielle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
- Arten- und Naturschutz/Umweltschutzrechtliche Aspekte/Forst

Die Arbeitsgruppen werden in der vorliegenden Dokumentation zusammengefasst (s. Kapitel 4).

### Bewerbung

Die Bewerbung der Veranstaltung erfolgte über die Presse (Amtsblatt der Gemeinde Dossenheim), Social Media, persönliche Anschreiben an Interessensvertretungen sowie über die Internetseite der Gemeinde Dossenheim.

## Teilnehmende

Rund 145 Personen nahmen am Bürgerdialog teil. Dabei handelte es sich in erster Linie, um interessierte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Dossenheim. Vertreten waren auch Vertreter und Vertreterinnen von Bürgerinitiativen – sowohl für als auch gegen den Einsatz von Windkraftanlagen. Darüber hinaus nahmen mehrere Vertreter und Vertreterinnen des Gemeinderates sowie vereinzelt auch Vertreter und Vertreterinnen von Umweltverbänden teil.

## Organisation und Rollen

Die Konzeption und Moderation erfolgte über die Agentur Zebralog. Als allparteiliche Moderation war es die Aufgabe von Zebralog einen konstruktiven Dialog zu ermöglichen.

Die Veranstaltung wurde von der Verwaltung organisiert. In der Veranstaltung nahmen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung bewusst eine beobachtende Rolle ein. Ziel war es, während des Bürgerdialogs in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen zu lassen und als Verwaltung die Fragen, Bedenken, Hinweise und Informationen, sowie Ideen und Lösungsansätze der Bevölkerung aufnehmen zu können.

Die fachliche Begleitung übernahmen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachbereichen:

- Peter Kolbe (KLiBA gGmbH, Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur Heidelberg – Rhein-Neckar-Kreis gGmbH): Notwendigkeit Erneuerbare Energien
- Martin Müller und Sarah Wendel (Nachbarschaftsverband Heidelberg und Mannheim): Planungsrechtliche Standortsteuerung (Bauleitplanung)
- Jochen Ohl (3P Energieplan GmbH): Technische Ausführung
- Micha Jost (Energiegenossenschaft Starkenburg): Finanzielle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
- Martin Schnell (TNL Umweltplanung): Arten- und Naturschutz/Umweltschutzrechtliche Aspekte/Forst

Zu Beginn der Veranstaltung ermöglichten Kurzimpulse der Fachexperten und Fachexpertinnen den Teilnehmenden einen Einblick in die verschiedenen Themenfelder. In den anschließenden Arbeitsgruppen vertieften sie die jeweiligen Themen durch ergänzende Kurzvorträge und gingen auf die Fragen und Diskussionsbeiträge der Teilnehmenden ein.

### 3 Ablauf des Bürgerdialogs

Tabelle 1: Ablauf des Bürgerdialogs

Uhrzeit	Tagesordnung
18:00 – 18:20 Uhr	<b>Begrüßung</b> durch Bürgermeister David Faulhaber und Moderatorin Julia Fielitz.
18:20 – 18:55 Uhr	<b>Inhaltlicher Einstieg im Plenum</b> über Kurzimpulse der Fachexperten und Fachexpertinnen zu den Themenschwerpunkten.
18:55 – 19:10 Uhr	Pause
19:10 – 20:20 Uhr	<b>Vertiefung des inhaltlichen Austauschs und Rückmeldungen in Arbeitsgruppen.</b> Unterstützung durch Moderation.
20:20 – 20:55 Uhr	<b>Abschlussdiskussion im Plenum</b>
20:55 – 21.00 Uhr	<b>Abschluss und Ausblick</b>

### 3.1 Impressionen Bürgerdialog Windkraft



Abbildung 1: Impressionen des Bürgerdialogs Windkraft in Dossenheim. Bürgermeister David Faulhaber begrüßt die Teilnehmenden (oben links), Martin Müller und Sarah Wendel stellen sich Fragen in der Arbeitsgruppe Planungsrechtliche Standortsteuerung (oben rechts), Bürgerinnen und Bürger tauschen sich zu der Notwendigkeit Erneuerbarer Energien aus (Mitte links), Beiträge werden auf Pinnwänden gesammelt (Mitte mittig und unten rechts), Micha Jost erzählt von seiner Energiegenossenschaft (Mitte rechts), Abschlussdiskussion im Plenum (Unten links) © Mareike de Raaf und Zebralog GmbH.

## 4 Ergebnisse der Arbeitsgruppen

---

### Ablauf der Arbeitsgruppen

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung konnten sich die Teilnehmenden für eine der fünf Arbeitsgruppen anmelden. Auf diese Weise konnte bereits abgeschätzt werden, welche Themen von besonders hohem Interesse sind. Ein Wechsel der Arbeitsgruppen auf der Veranstaltung war dennoch möglich.

Alle Arbeitsgruppen wurden sowohl durch eine oder mehrere Fachexperten und Fachexpertinnen als auch durch eine Moderation begleitet.

### Die Arbeitsgruppen:

- Gruppe 1: **Notwendigkeit Erneuerbare Energien**, Peter Kolbe (KLiBA gGmbH, Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur Heidelberg – Rhein-Neckar-Kreis gGmbH), Moderation durch Zebralog GmbH
- Gruppe 2: **Planungsrechtliche Standortsteuerung (Bauleitplanung)**, Martin Müller und Sarah Wendel (Nachbarschaftsverband Heidelberg und Mannheim), Moderation durch Zebralog GmbH
- Gruppe 3: **Technische Ausführung**, Jochen Ohl (3P Energieplan GmbH), Moderation durch Zebralog GmbH
- Gruppe 4: **Finanzielle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern**, Micha Jost (Energiegenossenschaft Starkenburg), Moderation durch Zebralog GmbH
- Gruppe 5: **Arten- und Naturschutz/Umweltschutzrechtliche Aspekte/Forst**, Martin Schnell (TNL Umweltplanung), Moderation durch Zebralog GmbH

Zu Beginn der Arbeitsgruppe vertieften Fachexpertinnen und Fachexperten ihren Impuls. Die Moderation erläuterte die verschiedenen Rückmeldemöglichkeiten: Hinweise/Information, Ideen/Lösungsansätze, Fragen, Bedenken, und Kriterien. Gemeinsam wurden sowohl Beiträge diskutiert als auch weitere Perspektiven verschriftlicht und für spätere Bearbeitungsschritte aufgenommen.





Abbildung 2: Die Arbeitsgruppe zur Finanziellen Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen tauscht sich mit den Sitznachbarinnen und Sitznachbarn aus.

## 4.1 Gruppe 1: Notwendigkeit Erneuerbare Energien

**Fachexperte:** Peter Kolbe, (KLiBA gGmbH, Klimaschutz- und Energieberatungsagentur Heidelberg – Rhein-Neckar-Kreis gGmbH)

**Moderation:** Lea Richter (Zebralog GmbH)

Die Arbeitsgruppe „Notwendigkeit Erneuerbarer Energien“ wurde vom Fachexperten Peter Kolbe begleitet. Als Energieberater bei der KLiBA gGmbH (Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur Heidelberg – Rhein-Neckar-Kreis gGmbH) berät er rund um den effizienten und umweltschonenden Energieeinsatz in der Rhein-Neckar-Region.

Anknüpfend an seinen Impuls zu Beginn der Veranstaltung betonte er in der Arbeitsgruppe den akuten Handlungsbedarf aufgrund des fortschreitenden Klimawandels. Daraus resultierend betonte er den weltweiten Konsens anerkannter Klimawissenschaftler und Klimawissenschaftlerinnen, dass es gilt den Ausbau erneuerbarer Energien und den Weg zu mehr Energieeffizienz schnell voranzutreiben, um die mit dem Paris Agreement völkerrechtlich verbindlich beschlossenen Klimaschutzziele einzuhalten.

Im Verlauf der regen und stellenweise sehr kontroversen Diskussion wies Herr Kolbe darauf hin, dass diese phasenweise deutlich von einer Gruppe an Teilnehmenden bestimmt wird, die mit ihren Beiträgen sehr deutlich zu verstehen geben, dass Sie den ursächlich menschlichen Beitrag zum Klimawandel und die daraus folgende notwendige Energie- wende ebenso grundsätzlich in Frage stellen, wie sie den Bau von Windkraftanlagen in Waldgebieten grundsätzlich und kompromisslos ablehnen. Eine große Zahl der, im Verlauf der Arbeitsgruppe geäußerten und verschriftlichten Fragen, Hinweisen und Bedenken, die im Folgenden unter vier inhaltlichen Kategorien zusammengefasst werden, wurden mit diesem Hintergrund eingebracht.

### Standort und Windkraft

Einem Großteil der Arbeitsgruppe war der potenzielle Standort von lokalen Windkraftanlagen sehr wichtig. Dabei wurde betont, dass bei der Standortwahl insbesondere die Windstärke und -häufigkeit sowie die Infrastruktur zur Einspeisung eine Rolle spielen sollten. Es wurde außerdem die Frage gestellt, warum Windkraftanlagen im Wald errichtet werden müssten. Dabei wiesen einige Teilnehmende darauf hin, dass der Schutz des Waldes als Rückzugsort für Tier und Mensch berücksichtigt werden sollte und verwiesen auf andere Potentialflächen. Weitere Bedenken wie Waldbrand durch

#### Beispiel-Beitrag der Teilnehmenden

Windkraftanlagen an den Stellen errichten, an denen der Wind entsprechend "stark" bläst!

Defekte, sowie hinsichtlich des Abstands zur Wohnbebauung und Geräuschbelastung waren ebenfalls Teil der Diskussion.

Die Teilnehmenden forderten, dass Windkraftanlagen nur an Standorten gebaut werden sollten, an denen der Wind entsprechend stark sei. Herr Kolbe erläuterte, dass dies natürlich die Voraussetzung sei, da es den Wind für eine Windkraftanlage brauche. Die Forderung suggeriere, dass Windkraftanlagen trotz fehlenden Windes gebaut würden, was nicht der Fall ist.

Es wurde die Frage aufgeworfen, warum überhaupt Windkraftanlagen im Wald errichtet werden sollten. Peter Kolbe verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Dieses bestätige deutlich, dass der notwendige Beitrag zum Einhalten der Pariser Klimaziele, ohne den Aufbau von Windenergieanlagen auch in Waldgebieten nicht leistbar sei. Ein generelles Ausschließen des Aufbaus von Windenergieanlagen in Waldgebieten verstoße daher gegen die grundgesetzlich verankerte Verpflichtung zur Daseinsvorsorge.

Es wurde das Bedenken geäußert, dass Windkraftanlagen eine Waldbrandgefahr darstellen. Peter Kolbe verwies darauf, dass bei nicht ausreichend raschem Aufbau von Windkraft- und Solaranlagen weiter fossile Energieträger verbrannt würden. Dies würde den Klimawandel schneller vorantreiben. Die großflächige, dauerhafte Zerstörung von Waldgebieten durch den Klimawandel sei wesentlich größer, als die Gefährdung des Waldes durch mögliche brandverursachende Defekte an einer Windkraftanlage. Ein schneller Ausbau der erneuerbaren Energien sei zwingend erforderlich, um den Wald vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

### **Klimaschutz, Energieversorgung und lokale Verantwortung**

Grundsätzlich wurde die Bedeutung erneuerbarer Energien betont, um zum Beispiel den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu senken.

Geäußerte Zweifel am menschengemachten Klimawandel entgegnete Peter Kolbe, dass darüber ein starker wissenschaftlicher Konsens herrsche. Während ein Teil der Gruppe die Notwendigkeit einer Beteiligung Dossenheims an der Erzeugung erneuerbarer Energien grundsätzlich kritisch gegenüberstand, sahen andere Bürgerinnen und Bürger eine Beteiligung als selbstverständlich und notwendig an – Dossenheim sollte wie andere Gemeinden „seinen Anteil leisten“.

### **Alternativen und Anforderungen**

Teil der Diskussion war zudem die Betrachtung verschiedenerer Energiequellen wie beispielweise die Potentiale von Wasserkraft und Geothermie. Auch war es für einige Teilnehmende relevant, dass Einsparungsmöglichkeiten betrachtet werden müssten, um Spielräume zu schaffen. In dem Zusammenhang wurde auch die Förderung von Energiesparprogrammen erwähnt.

Peter Kolbe ordnete die Argumente in der Diskussion zu alternativen Energieträgern ein: Es sei richtig, dass es weitere Energiequellen und Einsparmöglichkeiten gebe. Diese würden aber nicht ausreichen, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Der dramatisch voranschreitende Klimawandel erfordere eine schnelle Umsetzung von umfassenden Klimaschutzmaß-

nahmen. Es brauche verschiedene, sich gegenseitig ergänzende Energiequellen, um die gesetzten Ziele realistisch erreichen zu können. Auf den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie könne nicht verzichtet werden.

### **Speicherung**

Als ein weiterer wichtiger Aspekt wurden die technischen Möglichkeiten zur Speicherung betrachtet. In diesem Zusammenhang wurde auch die Forderung nach einem durchdachten Ansatz von Windkraftanlagen inklusive Speicherkapazitäten lauter.

Peter Kolbe bestätigte, dass der rasche Aufbau von Speicherkapazitäten notwendig sei. Häufig würde die Notwendigkeit für den Aufbau von Speicherkapazitäten von Gegnerinnen und Gegnern in die Diskussion eingebracht, um sich gegen den Ausbau der Wind- und Sonnenenergie auszusprechen. Gegnerinnen und Gegner würden argumentieren, dass der Ausbau der erneuerbaren gestoppt werden müsse, bis ausreichend Speicherkapazitäten vorhanden wären. Aus Sicht von Peter Kolbe sei es aber zielführender, sich für den Aufbau der Speicherkapazitäten parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien einzusetzen.

## 4.2 Gruppe 2: Planungsrechtliche Standortsteuerung (Bauleitplanung)

**Fachexperte:** Martin Müller und Sarah Wendel (Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim)

**Moderation:** Josephine Brücher (Zebralog GmbH)

Der eingeladene Fachexperte Martin Müller und die eingeladene Fachexpertin Sarah Wendel vom Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim führten die Anwesenden in das Thema „Planungsrechtliche Standortsteuerung (Bauleitplanung)“ ein und berichteten von der Rolle des Nachbarschaftsverbands in der Standortsteuerung.

In der Arbeitsphase sammelten die Teilnehmenden Fragen und Hinweise zum Thema Planungsrechtliche Standortbestimmung. Anschließend wurden alle Beiträge geclustert (In welchen Punkten ähneln sie sich? Wie unterscheiden sie sich?) und thematisch zusammengefasst diskutiert.

### Beispiel-Beiträge der Teilnehmenden

Wer weist die Flächen aus? Sind die ausgewiesenen Flächen verbindlich? Auf welcher Grundlage werden sie ausgewiesen? Und: Braucht es einen Bürgerentscheid?

### Planungshistorie und Aktueller Stand

Die Teilnehmenden rekapitulierten die bisherigen Aktivitäten zu möglichen Windenergieanlagen in der Region. Der Nachbarschaftsverband hat 2015 eine Beteiligung für einen Flächennutzungsplan Windenergie durchgeführt. Dabei reflektierten einige Bürgerinnen und Bürger vor allem den 2018 gefundenen Konsens über den Flächennutzungsplan durch 18 Gemeinden. Das Verfahren konnte jedoch aufgrund externer Rahmenbedingungen nicht abgeschlossen werden. Die Mehrheit der Teilnehmenden interessierte außerdem der aktuelle Stand der Planungen. Zentral war deshalb die Frage, ob die Flächen für Windkraftanlagen bereits ausgewiesen wurden. Der Nachbarschaftsverband antwortete, dass seit Ende 2023 ein Entwurf des Verbandes Region Rhein-Neckar zu möglichen Standorten vorläge, der jedoch, wie die Bezeichnung „Entwurf“ schon vermuten ließe, noch nicht fest sei. Entsprechende Planunterlagen sind in der [Fortschreibung Teilregionalplan Windenergie zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar](#) einsehbar. Darüber hinaus wird auf den [Gemeinderatsbeschluss](#) verwiesen. Der Gemeinderat Dossenheim, hat im Juli 2023 beschlossen, die Windenergiepotentiale auf Dossheimer Gemarkung zu prüfen.

## Rechtliche Veränderungen und Entscheidungskompetenzen

Der Nachbarschaftsverband betonte, dass seine Rolle sich in den letzten zwei Jahren stark verändert habe. Aufgrund externer Abhängigkeiten konnte das Verfahren zur Aufstellung eines Teilflächennutzungsplans Windenergie nicht sinnvoll fortgeführt werden. Die Rechtsgrundlage (§ 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB) für die Fortführung des Verfahrens wurde durch das am 01.02.2023 in Kraft getretene „Windenergiebedarfsgesetz“ (WindBG) aufgehoben. Folglich liegt die formal rechtliche Zuständigkeit für die aktuellen Planungen nicht mehr beim Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim. Weitere Informationen über den Tätigkeitsbereich des Nachbarschaftsverbandes könnten Interessierte auf der [Webseite des Verbandes \(Unterseite Aufgaben\)](#) nachschauen.

Entsprechend dem am 07.02.2023 in Kraft getretenen Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen bei den Trägern der Regionalplanung (§ 20 Abs. 1 KlimaG BW). Dies ist im Gebiet des Nachbarschaftsverbandes der Verband Region Rhein-Neckar (VRRN). Der VRRN besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen. Diese Veränderungen, so der Experte und die Expertin, fügen sich in eine bundesweite Zielsetzung, den Anteil Erneuerbarer Energien bis 2030 auf 80 % anzuheben (Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 1 Abs. 2 EEG) und die hiermit klar umrissene, politische Stoßrichtung Erneuerbare Energien voranzubringen. Martin Müller klärte auf, dass das ehemals sehr komplexe Verfahren nun zur leichteren Anwendbarkeit einer Vereinfachung unterzogen wurde. Laut aktueller Regelungen, so die Expertin und der Experte, kommen nun mehr Flächen in Frage, da unter anderem Abstände zu Wohnbebauung reduziert sowie Anlagen in Landschaftsschutzgebieten erlaubt wurden. Für Baden-Württemberg gilt es bis zum 31.12.2032 1,8 % der Landesfläche für die Nutzung der Windenergie bereitzustellen. Der Zeithorizont sieht vor, einen Planentwurf bis zum Herbst 2025 zu beschließen.

## Standort

Intensiv diskutierten Bürgerinnen und Bürger daraufhin mögliche Standorte von Windrädern und deren gerechte Verteilung. Ein Teilnehmer fragte beispielsweise, ob die durch den VRRN ausgewiesenen Flächen bereits verbindlich festgelegt seien, woraufhin der Nachbarschaftsverband auf den Entwurf verwies und hinzufügte, dass Kommunen zusätzlich eigene Flächen ausweisen könnten, auch wenn kein Vorranggebiet bestünde.

## Kosten - Nutzen

Zusätzliche beschäftigte einige Teilnehmende die finanzielle Seite des Vorhabens. Fragen waren unter anderem, mit welchen Einnahmen die Gemeinde rechnen könne und ob es Unterschiede bezüglich der Einnahmen geben würde, wenn man sich für die Ebene als Standort entschied. Einzuordnen galt es hier, dass der Windatlas Baden-Württemberg keine Potentialflächen in der Ebene auf [Dossenheimer Gemarkung](#) aufweist und ein Vergleich schwierig ist, da die Höhe der Einnahmen in Abhängigkeit von zu vielen Faktoren (u.a. geforderten Kriterien und Art der Beteiligungsformen) zu fassen ist.

**Akzeptanz der Bevölkerung**

Insgesamt gaben die Bürgerinnen und Bürger den Hinweis, dass mehr Transparenz (beispielsweise über den Ablauf oder die Einnahmen für die Gemeinde) zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung führen würde. Mehrere Stimmen merkten an, dass man mitgenommen werden wolle.

**Information und Kommunikation**

Einerseits sprach sich ein Teil der Anwesenden für einen Bürgerentscheid aus, wie es beispielsweise in Meckesheim und Waibstadt gehandhabt wurde, andererseits waren Teilnehmende gegen ein solches Vorgehen. Neben den Sorgen vor einer Umsetzung gab es auch Stimmen, die sich fragten, ob das Vorhaben tatsächlich rechtzeitig umgesetzt werden könnte. Einig waren sich die meisten darüber, dass Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten das Vorhaben begleiten sollten.

**Weitere Anmerkungen**

Weiterführend wurden die Stromzuführung und der Ablauf des Rückbaus angeschnitten, die in anderen Arbeitsgruppen detaillierter besprochen wurden.

## 4.3 Gruppe 3: Technische Ausführung

**Fachexperte:** Jochen Ohl (3P Energieplan GmbH)

**Moderation:** Lou Rosenkranz (Zebralog GmbH)

Die Arbeitsgruppe 3 „Technische Ausführung“ wurde von Jochen Ohl betreut. Jochen Ohl ist Geschäftsführer der 3P Energieplan GmbH, eines Ingenieurbüros zur Beratung in Fragen der Entwicklung, Planung und Realisierung von Bauprojekten. Er informierte darüber, wie die technische Umsetzung einer Windkraftanlage ausgestaltet sein kann. Neben einem obligatorischen Genehmigungsverfahren fokussierte der Fachexperte vor allem die verschiedenen Phasen einer Windkraftanlage: Aufbau, Betrieb und Rückbau.

### Flächenbedarf

Bezüglich der Bewertung des Flächenbedarfs beleuchtete Jochen Ohl die verschiedenen temporären und dauerhaften Phasen. Es bestünden zwei Phasen des temporären Bedarfs während des Auf- und Rückbaus und eine Phase des dauerhaften Flächenbedarfs während des Betriebs. Insgesamt sei mit einem Flächenbedarf von 1 Hektar (inkl. Zuwegung) zu rechnen, wobei jeweils etwa die Hälfte temporär bzw. dauerhaft in Anspruch genommen wird. Am Beispiel von aktuellen Anlagentypen der Hersteller Enercon bzw. Nordex wurde die Größe der Anlagen und des Fundamentes verdeutlicht. Die Gesamthöhe einer Anlage erreicht (je nach Anlagentyp) bis zu 267 m, der Rotordurchmesser bis zu 175 m. Das benötigte Fundament (beispielhaft N163/6.X mit 164 m Nabenhöhe) hat einen Durchmesser von 25,5 m und eine Gesamthöhe von 2,80 m, wobei die Tiefe des Fundaments unter der Gelände-Oberkante 70 cm beträgt. Hierzu zog der Fachexperte ausschließlich aktuelle Anlagentypen von Enercon und Nordex heran.

### Beispiel-Beiträge der Teilnehmenden

Ab wie vielen Anlagen lohnt sich der Bau? Wie bekommt die Feuerwehr Wasser zur Anlage, wenn es brennt? Und: Was bedeutet der Aufbau für die Anwohnenden?

### Sicherheit

Anschließend stellte Herr Ohl die Sicherheitsvorkehrungen bei Eisansatz, Brand und Austritt von Betriebsmitteln vor. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort interessierte insbesondere, welche Vorkehrungen für den Fall des Eisansatzes oder Brandes getroffen würden.

### Eisansatz

Der Fachexperte erläuterte, dass die Anlage Eisansatz an den Rotorblättern detektieren kann und im Falle der Detektion von Eisansatz die Anlage sich selbsttätig abschaltet. Temperaturen von 0 Grad (oder darunter) führten außerdem nicht automatisch dazu, dass sich



Eisansatz an den Rotorblättern bildet und die Anlage sich abschalten müsse, es kommt wesentlich auf den Feuchtegehalt der Luft an: bei hoher Luftfeuchtigkeit und Temperaturen unter 0 Grad ist die Wahrscheinlichkeit von Eisansatz höher als bei trockener Luft. Raureif würde zudem ebenfalls nicht zu einer Abschaltung führen.

### **Brand**

Jochen Ohl verdeutlichte, dass man die Anlage im Falle eines Brandes auf Gondelhöhe kontrolliert abbrennen ließe. Aufgabe der Feuerwehr ist es dann, ein Übergreifen des Brandes auf den Wald zu verhindern. Die Vorstellung erzeugte deutliches Unbehagen bei den Anwesenden, die den Wald als wertvolles Naherholungsgebiet und als Habitat für heimische Tiere herausstellten. Die Trockenheit und die damit einhergehenden Risiken seien ein Fakt und die Windkraftanlagen kein Hauptrisikofaktor, sondern eine logische Konsequenz, um den klimatischen Veränderungen nachhaltig zu begegnen. Jochen Ohl ergänzte, dass ein Behälter mit Löschwasser sich stets in unmittelbarer Nähe befände.

### **Wald- und Artenschutz**

Zusätzlich ordnete er die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf den Wald- und Artenschutz ein. Diese würden im Rahmen der Fachgutachten ermittelt und seien Bestandteil der Genehmigungsphase.

### **Standort und Sichtbarkeit**

Eine zentrale Frage, die Anwesende sich anschließend vereinzelt stellten, war, ob der Standort im Wald insgesamt mehr Risiken berge als ein Standort in der Fläche und wieso demnach nicht im Tal gebaut werde. Herr Ohl antwortete, dass nur die Hochlage im Wald über genügend Windpotential verfüge. Im Tal sei man nicht nur mit weniger Wind und somit weniger Leistung konfrontiert, sondern auch mit anderen „Hindernissen“, beispielsweise den einzuhaltenen Abständen zu Wohnbebauungen. Die Standortwahl stellte er als nun beginnenden Prozess heraus.

Neben den Sorgen um den Wald als Naherholungsgebiet und Rückzugsort für Mensch und Tier, fragten sich eine Mehrzahl der Teilnehmenden, wie die Hügellandschaft mit Windkraftanlagen aussehen würde. Bürgermeister David Faulhaber erläuterte, dass das zukünftige Bild insbesondere davon abhängig sei, für wie viele und welchen Anlagentyp man sich entscheide. All dies stünde noch offen und sei Teil des Findungsprozesses.

### **Zuwegung**

Ein weiterer Punkt, der zu einem kontroversen Austausch führte, waren die Einschränkungen für Anwohnende während der Bauphase. Besonders interessiert zeigten sich die Teilnehmenden, als es um die Zuwegung für Baustellenfahrzeuge ging. Herr Ohl und Herr Faulhaber stellten heraus, dass hierzu noch keine Berechnungen oder gar Entscheidungen vorlägen, da man sich noch ganz am Anfang des Prozesses befinde. Erst wenn man sich für

einen genauen Standort und den Anlagentyp entschieden habe, beginne die Prüfung und Planung der Zuwegung.

### **Abschließende Hinweise**

Am Ende der Diskussion wurde deutlich: Mehrheitlich waren die Anwesenden an der Findung einer Lösung interessiert, allerdings an einer solchen, die die Bedenken und Lebensrealitäten der Bürgerinnen und Bürger sowie des Naturschutzes mitdenkt. Beispielhaft wurde diskutiert, inwiefern der Eingriff in die Natur durch die nachhaltigere Stromerzeugung ausgeglichen würde und ob man mit der Wahl des Anlagentyps Einfluss auf den tatsächlichen Nutzen nehmen könne. Insgesamt wurden weitere Kommunikationsformate sowie der Zeithorizont des Verfahrens, wie auch das Einbinden von Forschung und Technik (beispielsweise bezüglich Windberechnungen, Minimierung Flächenbedarf, Speicherung von Strom) als zentrale Hinweise eingebracht.

## 4.4 Gruppe 4: Finanzielle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger

**Fachexperte:** Micha Jost (Energiegenossenschaft Starkenburg)

**Moderation:** Jacqueline Fuchs (Zebralog GmbH)

Zu Beginn gab der eingeladene Fachexperte Micha Jost einen detaillierteren Einblick in die Erfahrungen zur Projektfinanzierung der Energiegenossenschaft (EG) Starkenburg und konkret zum Bürgerwindrad Greiner Eck. Zentrale Erkenntnisse aus Heppenheim seien unter anderem, dass die Bürgerbeteiligung bestenfalls im unmittelbaren Projektumfeld stattfindet und dann auf die Region ausgeweitet wird (Zwiebelschalenmodell), die Finanzierung über Beteiligungspakete (pro Mitglied ab 2.000€) erfolgt, der Zinssatz für Nachrangdarlehen projektabhängig gestaltet werden sollte sowie die Einbindung von lokalen, institutionellen Partnern (z.B. Stadtwerke) sinnvoll sei, da die Projektentwicklung mehrjährig und kostenintensiv ist.

Aus der anschließenden Diskussion ergaben sich verschiedene Fragen und Hinweise zur Finanziellen Beteiligung.

### Beispiel-Beiträge der Teilnehmenden

Gibt es finanzielle Anreize oder andere Vorteile? Wie können einkommensschwache Bevölkerungsgruppen partizipieren? Und: Wie funktioniert so eine Gründung?

### Gründung einer Genossenschaft

Auf die Frage nach erforderlichen Voraussetzungen für die Gründung einer Genossenschaft schätzte Micha Jost, dass eine engagierte Gruppe von rund fünf Personen ausreichend sei, wenn entsprechendes Knowhow und Motivation mitgebracht würden. Bei einer Gründung sollte Klarheit über das bestehende unternehmerische Risiko herrschen, unter anderem für den Fall, dass der Bau einer Windkraftanlage nicht zustande komme. Das Risiko sei jeweils abhängig von den Kosten der Projektentwicklung (d.h. vom Aufwand bis zur Genehmigungsreife). Eine Person gab zu bedenken, dass für die Akzeptanz entscheidend sein könnte, wer das Projekt in die Hand nimmt. Sobald die Genossenschaft bestehe, empfehle sich die Verteilung von möglichst geringen Anteilen auf möglichst viele Mitglieder, so der Experte. Eine Besonderheit bei der Gesellschaftsform „Genossenschaft“ besteht darin, dass jedes Mitglied eine Stimme hat, losgelöst von der Höhe der finanziellen Beteiligung.

Die Teilnehmenden interessierte zudem, ob die Gründung einer Energiegenossenschaft Dossenheim zeitlich machbar ist, bevor die Planungen starten. Im Nachgang teilte die Gemeinde Dossenheim mit, dass die Gründung zeitlich machbar sei, wenn sich genügend Personen finden ließen.

### **Kooperationen**

Besonders intensiv diskutiert wurden die Möglichkeiten der Beteiligung verschiedener Genossenschaften an einem Projekt, die Erweiterung bestehender Genossenschaften und eine gesellschaftliche Ersatzbeteiligung. Es wurde kritisch hinterfragt, ob jeder Ort seine eigene Genossenschaft gründen sollte oder eine Kooperation sinnvoller wäre. Die Teilnehmenden überlegten zudem, welche potenziellen Partner (z.B. Banken) vorstellbar wären, da es in Dossenheim keine Stadtwerke gibt. Herr Jost bot an, dass die EG Starkenburg je nach Bedarf bei einer Gründung unterstützen könnte (beispielsweise in den Bereichen Projektentwicklung, Strategie Bürgerbeteiligung, Vertragsgestaltung, Organisation (Software)).

### **EEG-Förderungen und Rückbau**

Es gab vermehrt Rückfragen, wie die Zukunft beziehungsweise Rentabilität der Anlagen nach Ablauf der EEG-Förderung aussieht. Micha Jost erläuterte, dass nach Ablauf des EEG (gleich 20 Jahren nach Inbetriebnahme) der Strom über den Weg der Direktvermarktung verkauft wird. In der Regel sei zu diesem Zeitpunkt auch die Erzeugungsanlage abgeschlossen, technisch jedoch noch funktionsfähig. In der Konsequenz bedeute dies eine gute Ertragslage. Instrumente, die eine Windkraftanlage auch nach der EEG Vergütung wirtschaftlich betreiben zu können, existierten zudem allemal. Bezüglich der Übernahme von Rückbaukosten wurden die Bedenken aufgelöst, da bereits vor der Genehmigung eine Bürgschaft für den Rückbau hinterlegt sein muss.

### **Finanzierung und Gemeinwohl**

Die Diskussion umfasste auch Finanzierungsfragen für den Bau, den Betrieb, den Ausfall und die Demontage von Windkraftanlagen. Es wurde nach Möglichkeiten gefragt, wie Mitglieder finanziell von der Genossenschaft profitieren könnten, etwa durch günstigere Stromtarife oder direkten Eigenverbrauch des erzeugten Stroms. Der finanzielle Anreiz wird auch als Chance gesehen, um Bürgerinnen und Bürger von Windkraft zu überzeugen. Ein weiterer Aspekt war die Einbindung von Einkommensschwachen Haushalten durch günstigere Stromtarife. Es wurde zudem angebracht, inwiefern der erwirtschaftete Überschuss der Genossenschaft in die Gemeinde fließen könnte. Auf die Frage nach Modellen mit einer kürzeren Bindungszeit (statt 15 bis 20 Jahre) antwortete Micha Jost, dass dies zwar möglich wäre, die Dauer sich jedoch bewährt habe.

## 4.5 Gruppe 5: Arten- und Naturschutz/Umweltschutz rechtliche Aspekte/Forst

**Fachexperte:** Martin Schnell (TNL Umweltplanung)

**Moderation:** Julia Fielitz (Zebralog GmbH)

Die Arbeitsgruppe 5 wurde durch Martin Schnell von der TNL Umweltplanung begleitet. Das unabhängige Unternehmen führt Beratungen und Umsetzungen von Umweltfachplanungen durch. Derzeit ist das Planungsbüro nicht in Schriesheim oder Dossenheim mit Umweltplanungen beauftragt. Bei seiner persönlichen Vorstellung betonte Martin Schnell, dass er bereits jahrzehntelang im Bereich der Ornithologie tätig sei. Diese fachlichen Hintergründe bringe er ebenfalls in die Diskussion rund um den Arten- und Naturschutz ein.

Die Fragen, Bedenken und Hinweise der Teilnehmenden wurden im Laufe der Arbeitsgruppe diskutiert. Deutlich wurde dabei, dass viele Bürgerinnen und Bürger große Bedenken haben, Windenergie in den Wäldern rund um Dossenheim zu errichten. Der Wald wird sowohl als Erholungsgebiet als auch als Schutzgut gesehen. Eine hohe emotionale Bindung zum Naturraum Wald wird dabei zum Ausdruck gebracht.

### Beispiel: Rückfragen der Teilnehmenden

Wie minimieren wir den Verbrauch des Waldes und der Natur? Haben Rodungen auf Kuppen Auswirkungen auf die Regenhäufigkeit? Ist Offenland eine Alternative? Was für Maßnahmen gibt es zum Grundwasserschutz?

Darüber hinaus gibt es aber auch Stimmen, die deutliche machen, dass die Energiewende nur durch den Ausbau der erneuerbaren Energien gelingen könne und dass vor diesem Hintergrund auch in dieser Region Windkraft benötigt würde. Die Befürworter und Befürworterinnen der Windkraft argumentieren ebenfalls, dass sie besorgt um den Zustand des Waldes seien, da durch den Klimawandel und heiße Sommer bereits viele Bäume geschädigt seien. Es brauche eine erfolgreiche Energiewende, um dem Klimawandel zu begegnen.

### Artenschutz

Einige Personen beschäftigten die Auswirkungen der Windkraft auf Arten und Bestand der Tiere - speziell Vögel und Insekten. Laut Experte sei die [Liste der kollisionsgefährdeten Vogelarten im BNatschG](#) konkret benannt.

Konkret angesprochen wurde der Schutz des Uhus und des Rotmilans. Martin Schnell erläuterte, dass der Uhu bei einem Abstand zwischen Rotorunterkante und Geländeoberfläche über 80 m weniger von Windkraft betroffen sei, da der Uhu in der Regel nicht in dieser Höhe fliegen würde. Der Uhu sei ein schwerer, großer Vogel, für den Sog durch die Rotoren

kein Problem darstellen sollte. Es gäbe Studien, bei denen durch Kamerasysteme die kleinräumigen Ausweichbewegungen insbesondere von Rotmilanen aufgenommen worden seien. Diese belegen, dass Rotmilane durchaus in der Lage seien den drehenden Rotoren kleinräumig auszuweichen.

Die Teilnehmenden interessierten sich darüber hinaus für statistische Zahlen zu getöteten Vögeln (Vergleichswerte), und die Auswirkungen auf andere Tierarten, die Möglichkeit durch schwarze Rotorblätter Rotmilane zu schützen. Martin Schnell erläuterte, dass für Fledermäuse insbesondere der Habitatverlust im Wald eine Rolle spiele, da viele Arten in Baumhöhlen leben. Insbesondere alte und strukturreiche Laub- und Mischwälder seien diesbezüglich wertvolle Lebensräume. Einige Arten seien darüber hinaus Kollisionsgefährdet, weil sie bei der Nahrungssuche oder beim Zug in die Winterquartiere in den Höhen der Rotoren fliegen. Das Anstreichen eines Rotorblattes in schwarz sei in Skandinavien für den Seeadler erprobt worden und hätte dort eine gute Wirkung gehabt. Ob das für Arten wie beispielsweise den Rotmilan im Mittelgebirge übertragbar sei, wisse man aber nicht.

### **Baumbestand und Lebensraum Wald**

Die Teilnehmenden äußerten sich besorgt, dass für den Bau der Windkraftanlagen der Baumbestand reduziert würde. Der Fachexperte erläuterte, dass die Schaffung von Ausgleichsflächen – d.h. die Nachpflanzung von Bäumen – beim Bau von Windkraftanlagen verbindlich seien. Einige Teilnehmende äußerten sich dazu skeptisch: Ausgleichsflächen würden oftmals an anderen Orten geschaffen und hätte somit keinen positiven Effekt. Für den Fall, dass in der Kommune Windkraftanlagen errichtet würden, müsse darauf geachtet werden, dass angemessene Ausgleichsflächen direkt vor Ort geschaffen würden.

Weitere Bedenken der Teilnehmenden zu Umweltauswirkungen waren die Zerschneidung von Waldflächen sowie die dauerhafte Schädigung von Bodenstrukturen.

Eine Person sorgte sich, dass bereits Tatsachen geschaffen würden – sie habe in den letzten Tagen viele Holztransporter gesehen. Ein Mitglied des Gemeinderates wies darauf hin, dass derzeitige Holztransporte nicht im Zusammenhang mit Windkraftanlagen stünden, sondern der regulären Forstwirtschaft zuzuordnen sind. Erst kürzlich sei im Gemeinderat vorgestellt worden, wie viel Holz in der Gemeinde entnommen worden sei. In dem vergangenen Jahr seien weniger Bäume als normal entnommen worden.

### **Mikroklimatische Auswirkungen auf den Wald**

Als Sorge wurde formuliert, dass Wipfelkürzungen der Kuppen sowie Rodungen im Wald zu weniger Schatten und damit zu einem Temperaturanstieg im Mikroklima des Waldes führen könnten. Damit einher könnte die Funktion des Waldes als Wasserspeicher beeinträchtigt werden.

Laut Experte Martin Schnell seien diese Effekte möglich, jedoch würden die Temperaturerhöhungen durch den Klimawandel deutlich höhere Auswirkungen auf den Wald haben und würden auf viel größeren Flächen wirken. Mit Blick auf den Wald als Wasserspeicher, seien Windkraftanlagen das geringere Problem. Wichtig sei im Rahmen des Klimawandels der

Waldumbau. Der Fichtenanteil müsse reduziert und der Bestand von naturnahen Laubwäldern erhöht werden.

### **Waldbrandrisiko**

Eine Person äußerte sich besorgt, dass defekte Windräder eine Waldbrandgefahr darstellen würden. Der Fachexperte machte deutlich, dass von Windrädern keine besondere Gefahr für ein Feuer ausginge. Problematisch seien eher Waldbrände aufgrund des Klimawandels. Nichtsdestotrotz gäbe es für alle Windräder Brandschutzkonzepte.

### **Standort**

Auf Unverständnis stieß eingangs bei vielen Personen, warum der Wald als Standort für Windkraftanlagen diskutiert werde. Teilnehmende fragten, inwieweit die Gemeinde Dossenheim geeignet für Windkraftanlagen sei und wie viele Anlagen geplant seien.

Martin Schnell erläuterte, dass die Rheinebene dicht besiedelt sei und bei der Errichtung von Windkraftanlagen ein Abstand zur Wohnbebauung eingehalten werden müsse. Auf diese Weise würde man schnell im Bereich des Waldes gelangen. Darüber hinaus ergibt der Betrieb von Windrädern nur dort Sinn, wo es ausreichend Wind gäbe.

Da der Prozess sich in einem sehr frühzeitigen Stadium befände, gäbe es bislang keine konkreten Planungen zur Anzahl von Windrädern.

### **Maßnahmenvorschläge**

Vertreter des BUND wiesen darauf hin, dass es in der Region eine hohe Kompetenz und Verfügbarkeit von Kartierungen gäbe (z.B. Avifauna am Weißen Stein sei gut untersucht). Auf diese Kartierungen müsse zurückgegriffen werden. Darüber hinaus sei es aber auch wichtig, dass Kartierungen, die im Zuge der Planung gemacht würden, transparent zugänglich gemacht würden. Es brauche eine Versachlichung der Debatte. Der Experte verwies darauf, dass Projektierer meist die selbst erhobenen Daten von sich aus nicht öffentlich machen würden. Es müsse ein Mittelweg gefunden werden, bei der die vorhandene Kompetenz und Expertise (bei Umweltverbänden) von der Gemeinde beziehungsweise von den Planungsbüros aktiv mit einbezogen würde.

## 5 Abschlussdiskussion

---

Nach den Arbeitsgruppen fanden sich alle Teilnehmenden erneut im Plenum ein. Die Moderation erkundigte sich, ob Bedarf bestünde letzte Fragen oder Rückmeldungen in großer Runde zu besprechen. Ein Teilnehmer fragte daraufhin, wann die nächste Veranstaltung stattfinden werde. Bürgermeister David Faulhaber verwies darauf, dass der Prozess am Anfang stünde. Es seien noch keine weiteren Veranstaltungen geplant. Es käme jetzt darauf an, die Rückmeldungen aus der Veranstaltung auszuwerten und nächste Schritte zu entwickeln. Er deutete auf den zeitlichen Horizont eines solchen Prozesses hin: „Wenn du schnell laufen willst, lauf allein. Wenn du lange laufen willst, lauf zusammen.“ In diesem Sinne habe man großes Interesse an einer gemeinsamen Beschreitung des Weges. Ergebnisse der heutigen Veranstaltungen würden dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden. Konkrete weitere Schritte könnten erst danach getätigt werden. Der Bürgermeister stellte außerdem heraus, dass es ihm ein wichtiges Anliegen sei, Bürgerinnen und Bürger vor sämtlichen Entscheidungen zu qualifizieren. Erst nach einer grundlegenden Information und Diskussion könne fundiert und gut entschieden werden.

Er schloss den Abend mit einer Danksagung an alle Anwesenden, die sich auf das interaktive Format und die kontroversen Diskussionen eingelassen hätten. Er machte deutlich, dass Kontroversität nur dann negativ sei, wenn man ihr nicht gemeinsam begegne und er sich einen Austausch auf Augenhöhe und mit Wertschätzung auch weiterhin wünsche. Ebenso stünde die Gemeindeverwaltung Interessierten jederzeit zur Verfügung.



## 6 Umgang mit Ergebnissen und Ausblick

### Wann findet eine nächste Information statt?

Die Gemeinde Dossenheim und die Stadt Schriesheim haben sich entschieden, sehr frühzeitig über Windkraftanlagen zu informieren und ein erstes Stimmungsbild aus der Bevölkerung einzufangen. Die jeweilige Verwaltung macht sich derzeit Gedanken zu der Art und Umsetzung nächster Schritte, inklusive dem Aufbau von Informations- und Austauschangeboten. Ort und Zeit werden rechtzeitig bekanntgeben. Bis dahin können Sie sich auf der Unterseite des Dossenheimer Internetauftritts über [Erneuerbare Energien in Dossenheim](#) informieren.

### Wie werden Menschen einbezogen, die nicht teilnehmen konnten?

Die Gemeinde Dossenheim wünscht sich, dass eine möglichst diverse Bevölkerung miteinander in den Dialog tritt. Wenn Sie bei der vergangenen Veranstaltung nicht dabei sein konnten, sind Sie herzlich eingeladen sich über weitere Zusammenkünfte, Informationsveranstaltungen und Dialoge zu informieren. Das geht [hier](#).

### Was passiert mit den Ergebnissen der Veranstaltung?

Unter anderem dient die vorliegende Dokumentation zu Ihrer Information. Die Beiträge aus den Arbeitsgruppen wurden über analoge Beitragskarten dokumentiert und zusammen mit den Präsentationen der Fachexpertinnen und Fachexperten auf der [Dossenheimer Internetseite zu Erneuerbaren Energien](#) zur Verfügung gestellt. So können Sie nachvollziehen was die Praxis, Theorie, und Ihre Mitmenschen bewegt.

Die Dokumentation fasst die wesentlichen Ergebnisse des ersten Bürgerdialogs Windkraft zusammen und fließt, zusammen mit allen Beiträgen, in die weitere Prozessfindung der Stadt Schriesheim und Gemeinde Dossenheim ein. Unter anderem möchten die Stadt und die Gemeinde den, in der Veranstaltung erkannten, Bedarfen wie folgt begegnen:

- Zentrale Hinweise und Bedenken werden von Verantwortlichen der Gemeindeverwaltung aufbereitet und an den Gemeinderat herangetragen. Dieser steht in der Verantwortung einen Kriterienkatalog zu entwickeln.

### Dokumentationshinweis

Die Inhalte dieser Dokumentation basieren auf den Äußerungen in den Arbeitsgruppen und dem Plenum. Die Agentur für Partizipation Zebralog GmbH hat zu Dokumentationszwecken zentrale Ergebnisse zusammengefasst.

- Die Verwaltung bemüht sich in enger Zusammenarbeit mit Wissensträgerinnen und Wissensträgern um ein FAQ, welches Interessierten den Einstieg in das Thema erleichtern soll. Das FAQ befindet sich im Aufbau und wird in Zukunft über den [Inter-  
netauftritt der Gemeinde Dossenheim zu Erneuerbaren Energien](#) zu finden sein.

Als weiteres, wertvolles Ergebnis der Veranstaltung gilt der Dialog selbst – mit anderen Bürgerinnen und Bürgern, der Gemeindeverwaltung und anderen Interessierten und Aktiven.